

Marzahn- Hellersdorf

32. Jahrgang / April 2022

links

DIE LINKE. Marzahn-Hellersdorf · Informationsblatt



DIE LINKE Marzahn-Hellersdorf lädt Sie am 1. Mai zur **Fahrradtour** um 12 Uhr am Cecilienplatz ein. Danach findet ab 14 Uhr das **1. Mai Fest** auf dem Barnimplatz an der Havemannstraße statt.

Livemusik von und mit der Band „Polkageist“

Bühnenprogramm mit Livemusik, Hüpfburg für die Kleinen und ein Kinderkarussell, Kindertanzgruppe und Zirkus Chabuwazi, Bücherstand, Marktstände, Vereine stellen sich vor, Essen vom Grill und Getränke und eine Kochshow wird es geben.

mit dabei sind:

Petra Pau (MdB), Klaus Lederer (Senator für Kultur & Europa), Katina Schubert (Landesvorsitzende der LINKEN), Kristian Ronneburg (MdA), Manuela Schmidt (MdA), Anne Helm (Fraktionsvorsitzende der LINKEN, MdA), Björn Tielebein & Sarah Fingarow (Fraktionsvorsitzende der LINKEN in der MaHe BVV)

www.dielinke-marzahn-hellersdorf.de

[/DIE_LINKE_MaHe](https://twitter.com/DIE_LINKE_MaHe)

[/dielinke_mahe](https://www.instagram.com/dielinke_mahe)

[fb.com/DIELINKE.Marzahn.Hellersdorf](https://www.facebook.com/DIELINKE.Marzahn.Hellersdorf)



Wehrhafte Demokratie

Landesverteidigung
von Panzerfaust-geballter Wirkung
auf der Hand liegt
tarnkriegerisches Wehrhaft
demokratie-fremd
Keine Auslandseinsätze der Bundeswehr!

Jürgen Riedel

Wollen Sie **Marzahn-Hellersdorf links**
regelmäßig lesen? Dann teilen Sie uns

Ihren **Abowunsch** mit an:

bezirk@dielinke-marzahn-hellersdorf.de

mit Betreff: **MaHeli-Abo**

oder per Telefon: **030 5412130**

Folgen Sie uns:



<https://www.facebook.com/DIELINKE.Marzahn.Hellersdorf>



https://www.instagram.com/dielinke_mahe/



https://twitter.com/DIE_LINKE_MaHe

Saubere Schulen – Rekommunalisierung der Schulreinigung jetzt!

Die rot-grün-rote Koalition Berlins hat im Koalitionsvertrag die Rekommunalisierung der Schulreinigung ab dem Jahr 2023 beschlossen. Im bisher vorliegenden Senatsentwurf für den Doppelhaushalt ist im Widerspruch dazu dafür keine Vorsorge getroffen, denn Modellversuche sind dafür kein Ersatz. Dass der Weg der Rekommunalisierung notwendig ist und zu guten Arbeits- und Lernbedingungen für Schüler*innen und Beschäftigte in den Schulen beiträgt, ist seit Jahren Konsens in der LINKEN Berlin. DIE LINKE. Marzahn-Hellersdorf hat sich mit ihrer Bildungsexpertin Regina Kittler auf dem LINKEN Landesparteitag erfolgreich für die Forderung eingesetzt,



Marzahn-Hellersdorfer Delegierte auf dem Landesparteitag

dass die notwendigen Stellen und Mittel für den Beginn der schrittweisen Rekommunalisierung der Schulreinigung im Doppelhaushalt 2022/23 eingestellt werden sollen.

Außerdem in dieser Ausgabe:

Seite 2: Landesparteitag und Hauptversammlung / BGE / Neu: Junge LINKE

Seite 3: Petra Pau: Gedanken / Mittelstand fördern / Keine Flüchtlinge 1. und 2. Klasse!

Seite 4: DWE bleibt auf der Tagesordnung / Historisches

Seite 5: Unternehmerfrühstück / Aus dem Bezirksvorstand

Seite 6: Tipps und Termine / Hinten links: Die Berliner Umwelt

Innenseiten I und II:

Aus der BVV-Linksfraktion:

- BVV-Berichte / Bezirkshaushalt / Hilfe für Geflüchtete

- Im Gespräch mit Petra Ritter, Vorsitzende der Seniorenvertretung in Marzahn-Hellersdorf / Entlastungspaket - aber nicht für Ältere

Mit voller Kraft: Berlin als solidarisches Zuhause

Der Landesparteitag tagte am 02. April im Estrel Convention Center. Zentrale Frage war unsere Arbeit in der Rot-Grün-Roten Koalition und wie wir die Rolle in den kommenden Jahren ausfüllen wollen. Weitere wichtige Themen waren unter anderem die Vergesellschaftung großer privater Wohnbestände, der Ausbau der A100 sowie der russische Angriffskrieg auf die Ukraine.

Solidarisch haben wir uns viele wichtige Fragen über die Zukunft unserer Partei gestellt. Wir sprachen gemeinsam über die Leerstellen, die in unserem Programm in den letzten Jahren entstanden sind und wohin wir gemeinsam gehen wollen.

Klar haben wir uns gegen den verbrecherischen Angriffskrieg in der Ukraine gestellt. Russland muss sich aus der Ukraine zurückziehen und sofort die Kampfhandlungen einstellen. Ebenso eindeutig stellen wir uns als LINKE hin-

ter die Umsetzung des Volksentscheids »Deutsche Wohnen & Co. enteignen«. Die Vergesellschaftung ist für uns nach dem klaren Votum der Berlinerinnen und Berliner selbstverständlich.

Auch beim Weiterbau der A100 fand der Landesparteitag klare Worte: wir lehnen diesen Weiterbau mit aller Deutlichkeit ab. Es kann nicht sein, dass gegen den Willen einer Landesregierung eine Autobahn mitten durch eine Großstadt gebaut wird. Wir werden alle Mittel nutzen, um den 17. Bauabschnitt zu verhindern. Neben den Grußwörtern und der Generaldebatte sprachen auf dem Landesparteitag unsere Landesvorsitzende Katina Schubert, Kultur- und

Europasenator Klaus Lederer sowie Sozial-, Integrations- und Arbeitssenatorin Katja Kipping. Außerdem wählten wir Delia Hinz in den Landesvorstand, sechs Genossinnen und Genossen in den Bundesvorstand sowie sieben Genossinnen und Genossen in den Landesausschuss.



Katja Kipping, Berlins
Sozialsenatorin, auf
dem Landesparteitag
der LINKEN in Berlin.

5. Tagung der 7. Hauptversammlung am 23. April

Die 5. Tagung der 7. Hauptversammlung der LINKEN Marzahn-Hellersdorf wird am 23. April 2022, ab 10 Uhr bis ca. 18 Uhr im Zirkus Cabuwazi (Otto-Rosenberg-Str. 2, 12681 Berlin) stattfinden. Entsprechend unserem Beschluss auf der letzten Tagung der Hauptversammlung werden wir uns mit den bisherigen Ergebnissen der Auswertung des Wahlkampfes beschäftigen. Außerdem wollen wir eine Beschlussfassung über die Gründung von Ortsverbänden herbeiführen. Einen entsprechenden Antrag hat der Bezirksvorstand am 9. März 2022 beschlossen. Es liegen außerdem zwei Anträge zur Änderung unserer Satzung vor. Darüber hinaus werden wir unsere Delegierten zum Bundesparteitag (6 Mandate) und für den Berliner Landesausschuss (2 Mandate) wählen. Änderungsanträge an die 5. Tagung der 7. Hauptversammlung können noch bis zum Versamm-

lungstag gestellt werden. Wir würden uns freuen, wenn Änderungsanträge bis eine Woche vor der Versammlung gestellt werden. Das würde der Antragskommission die Arbeit erleichtern. Anfang bis Mitte April werden noch mal alle neuen Anträge und Materialien verschickt, bzw. wir bitten die Briefempfänger in der Geschäftsstelle anzufragen und gegebenenfalls die Unterlagen abzuholen. Wie in der Vergangenheit werden wir entsprechend der aktuellen Erfordernisse ein Hygienekonzept für die Veranstaltung haben. Wir gehen davon aus, dass alle Delegierten und Gäste sich selbst testen und bei Erkältungssymptomen zu Hause bleiben.

Alle Informationen unter:

dielinke-mahe.de/partei/hauptversammlung/

Neu: Junge LINKE Marzahn-Hellersdorf

Immer mehr junge Leute finden den Weg in die LINKE Marzahn-Hellersdorf. Im vergangenen Monat haben sich einige von uns unter dem Namen „Junge LINKE“ zu einer Gruppe zusammengefunden. Wir möchten mit dieser Gruppe ein Forum sein für junge Leute der LINKEN Marzahn-Hellersdorf sowie für alle, die sich mit unseren Idealen und Zielen verbunden fühlen. Die Gruppe dient zum inhaltlichen Austausch genauso wie zur Organisation von Aktionen und der gegenseitigen Unterstützung im Bezirk. Als eine unserer ersten Aktionen waren wir bereits mit einem eigenen Transparent auf der Demo zum Frauentag am 8. März 2022 dabei (siehe Foto). Neben der Beteiligung in diesem Zusammenschluss sind wir alle natürlich weiterhin in unseren wohnortorientierten

Strukturen anzutreffen und freuen uns auf eine aktive Zusammenarbeit von Jung und Alt. Junge und Junggebliebene aus allen Ecken des



Liebe Genossinnen und Genossen,

dieses Jahr findet in unserer Partei der Mitgliederentscheid zum Bedingungslosen Grundeinkommen statt. Dazu hat die Bundesarbeitsgemeinschaft Grundeinkommen etwas vorbereitet, dazu einige Informationen:

Mit dem **Online-BGE-Rechner** könnt ihr ausrechnen, wie viel Netto vom Brutto Ihr mit einem LINKEN Grundeinkommen hättet:

<https://mit-links-zum-grundeinkommen.de/Bgrechner/>

Weitere Infos zum Mitgliederentscheid findet Ihr hier:

<https://mit-links-zum-grundeinkommen.de>

Mit den Verantwortlichen könnt Ihr gerne auch bei Bedarf und Interesse Kontakt aufnehmen per E-Mail: kampagne@die-linke-grundeinkommen.de

Wir haben zur Vorbereitung des Mitgliederentscheids auch eine **Diskussionsveranstaltung** geplant. Ihr seid herzlich dazu eingeladen, am **12.5. um 19 Uhr** in unserer Marzahn-Hellersdorfer Geschäftsstelle mit Moritz Fröhlich über das LINKE Konzept für ein Grundeinkommen und den Mitgliederentscheid zu diskutieren.

Die Veranstaltung wird in hybrider Form stattfinden. Die Zugangsdaten erhaltet ihr rechtzeitig über den Verteiler.

Diskussion über Mitgliederentscheid zum Bedingungslosen Grundeinkommen der LINKEN

So wird das Land gerecht!

Geschäftsstelle DIE LINKE Marzahn-Hellersdorf*
12.05.22 um 19 Uhr

Hybride Veranstaltung, Zugangsdaten unter:
bezirk@dielinke-marzahn-hellersdorf.de

DIE LINKE.

*Henny-Porten-Str. 10-12, 12627 Berlin

mit-links-zum-grundeinkommen.de

Bezirks, egal ob LINKE-Mitglied oder Interessierter*, die sich uns anschließen oder einfach mal vorbeischauchen möchten, sind jederzeit herzlich willkommen! Für Infos zu Ort und Zeit unserer Treffen ebenso wie für alle anderen Fragen und Bitten, sind unsere neugewählten Sprecher Paul und Anne unter paul.lehmann@dielinke-mahe.de bzw. anne.heinschel@dielinke-mahe.de zu erreichen.

Wir freuen uns auf die bevorstehende Zeit mit bunten Aktionen, angeregten Diskussionen sowie der Vernetzung mit weiteren Aktiven im Bezirk.

Solidarische Grüße

DIE JUNGE LINKE
MARZAHN-HELLERSDORF

Petra Pau (MdB): Gedanken

Russland führt Krieg gegen die Ukraine. Tausende Menschen sterben, Millionen flüchten, das alles im 21. Jahrhundert, einem atomaren. Das ist unsäglich und verlangt jedweden linken Protest. Putin ist ein Kriegsverbrecher, ein Massenmörder, Punktum.

Die militärische Aggression Russlands wider die Ukraine hat allerdings Nebenwirkungen, die ich ablehne. Zum einen erscheint die NATO inklusive USA plötzlich als Heilsbringer. Dabei gibt es seit 1945 kaum ein Jahr, in dem die USA nicht weltweit militant unterwegs waren. Zweitens schwindet auch hierzulande der Widerspruch gegen weitere Hochrüstung. Bundeskanzler Scholz verkündete, dass 100 Milliarden Euro für den deutschen

Militäretat im Grundgesetz verbrieft werden sollen. Hochrüstung statt Frieden als Verfassungsgebot. Absurd. Zudem sollen die Rüstungsausgaben, wie seit Langem angestrebt, auf zwei Prozent des Brutto-Inlandsprodukts (BIP) angehoben werden. De facto würde das bedeuten, dass die deutschen Rüstungsausgaben auf das Niveau Russlands gehievt werden. Die Militärausgaben der USA sind

übrigens 13 mal so hoch wie die Russlands (Stand 2021). Ergo geht es offenbar um Profite und nicht um Frieden.

Zwei Prozent des BIP hätte anno 2020 rund 40 Milliarden Euro mehr als ohnehin bedeutet, Tendenz steigend. Ich habe überschlagen: Mit 40 Mrd. Euro pro Jahr könnte man die Löhne bzw. Gehälter in systemrelevanten Berufen um 500 Euro monatlich aufstocken. Zudem könnte man je 50.000 zusätzliche Lehrerinnen und Lehrer, 50.000 zusätzliche Polizistinnen und Polizisten sowie 50.000 zusätzliche Pflegerinnen und Pfleger einstellen. Außerdem könnten 50 neue Theater eröffnet und noch mehr Jugendklubs subventioniert werden. Mehr Bildung, Sicherheit,

Gesundheit und Kultur, das ist meine Alternative zu mehr Rüstung und Militär!

Und noch mehr wird durch den Krieg Russlands kreuzgefährlich belastet. Es gibt rasant drängende Probleme, die nur global und miteinander gelöst werden können. Eines davon ist die drohende Klimakatastrophe. Wir rasen auf sie zu, die Menschheit insgesamt, fatal, final.



Den Mittelstand fördern

Schon vor dem Ukraine-Krieg waren rasant steigende Energiekosten ein enormes Problem für Verbraucher und mittelständische Unternehmen. Mittlerweile wirkt die Preisdynamik vielfach existenzbedrohend. Doch während die Bundesregierung gigantische Rüstungsinvestitionen verkündet, fällt die Unterstützung für betroffene Unternehmen und deren Beschäftigte hierzulande ausgesprochen zurückhaltend aus.

Das sogenannte Entlastungspaket ist ein Fehlschlag par excellence. Zum einen, weil völlig ignoriert wird, dass ein Einkommensmillionär in dieser schwierigen Situation weniger auf staatliche Unterstützung angewiesen ist als ein Geringverdiener. Pauschalzuschüsse sind der falsche Ansatz. Auch ist nicht nachvollziehbar, warum Erwerbslose und Rentner gegenüber Beschäftigten schlechter gestellt werden.

Zum anderen hat die Koalition offenbar die bedrohliche Lage vieler kleiner und mittelständischer Unternehmen mit hohem Energiebedarf überhaupt nicht im Blick. 45 Prozent des Strombedarfs gehen hierzulande auf die Industrie zurück. Zwar wurde die Abschaffung der EEG-Umlage vorgezogen, doch davon waren viele Industrieunternehmen ohnehin längst befreit. Von der von uns vorgeschlagenen Senkung der Mehrwertsteuer auf Strom und Gas von 19 auf sieben Prozent und einer drastischen Senkung der Stromsteuer will man im Wirtschaftsministerium nichts wis-

sen. Zu bürokratisch, heißt es. Ob dieses Argument auch kommt, wenn die FDP das nächste Mal Steuersenkungen für Vermögende fordert, bleibt abzuwarten.

Dabei würden solche Steuernachlässe auf Energie schnell und effektiv wirken, um die Krisenkosten der betroffenen Unternehmen abzufedern. Sicher gestellt werden müsste, dass die Steuersenkungen vollumfänglich an die Abnehmer weitergegeben werden. Es darf nicht sein, dass die Strom- und Gaskonzerne stattdessen auf Staatskosten ihre Gewinnmargen weiter erhöhen. Dieses Problem wäre allerdings lösbar, etwa durch eine Deckelung des Industriestrompreises.

Wichtig wäre auch, schnell die Differenzverträge (Carbon Contracts for Differences) einzuführen, um gleichzeitig die Herausforderungen der ökologischen Transformation und der Energiepreiskrise meistern zu können und Arbeitsplätze zu erhalten. Im Falle weiterer Produktionsdrosselungen muss außerdem weiterhin ein einfacher Zugang zu Kurzarbeit bestehen bleiben, wobei nach wie vor gilt: Die Lohnersatzraten sind viel zu niedrig und müssen insbesondere im Bereich niedriger Einkommen deutlich erhöht werden, um weitere soziale Verwerfungen zu verhindern.

ALEXANDER ULRICH
Industriepolitischer
Sprecher

der Linksfraction im Bundestag

Dr. Manuela Schmidt, MdA Keine Flüchtlinge erster und zweiter Klasse!

Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine dauert an und täglich gibt es weiteres unsägliches menschliches Leid! Das lässt niemanden von uns unberührt. Viele von uns engagieren sich in den verschiedensten Zusammenhängen, um den tausenden Flüchtlingen aus der Ukraine zu helfen, sei es mit Kleidung, Hygieneartikeln und Lebensmitteln oder sogar mit der Unterbringung in der eigenen Wohnung.

So viele ehrenamtliche und auch hauptamtliche Helferinnen und Helfer sind Tag für Tag unterwegs – dafür sei ihnen auch an dieser Stelle von Herzen gedankt. Unsere Berlinerinnen und Berliner zeigen gerade wieder eine überwältigende Kultur der Hilfsbereitschaft und Solidarität.

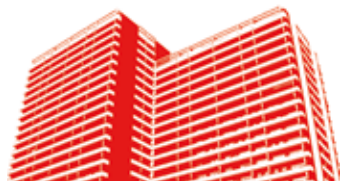
Doch es braucht auch hier wieder die übergreifende Zusammenarbeit von Bezirken, Land und Bund. Viel zu lange hat es gedauert, dass der Bund in die Gänge kommt, sei es bei der raschen und unkomplizierten Registrierung der Flüchtlinge, sei es die Anerkennung des Aufenthaltsstatus oder auch die zügige und gerechte Verteilung in andere Städte, auch in ländliche Gebiete. Ja, viele der geflüchteten Menschen wollen in Berlin bleiben, aber sie brauchen schnell Wohnung, Kita- und Schulplatz. Dafür bedarf es der Anstrengung aller deutschen Städte und Gemeinden, denn nicht überall ist die Wohnungs- oder Schulplatzsituation so angespannt wie in Berlin. Aber natürlich werden wir keine Familien trennen, sofern schon Angehörige hier in Berlin wohnen.

Gut ist, dass alle Ankommenden hier unmittelbar eine Arbeit aufnehmen können, die Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit ist nicht notwendig. Darüber hinaus hat sich die Bundesregierung mit den maßgeblichen Dachverbänden der Wirtschaft verständigt, dass bei nicht-reglementierten Berufen eine Selbsteinschätzung der Geflüchteten aus der Ukraine zu ihren beruflichen Qualifikationen ausreicht. Bei reglementierten Berufen werden sich Bund und Länder für eine schnelle und einheitliche Anerkennung von ukrainischen Berufs- und Bildungsabschlüssen einsetzen, um eine zügige Vermittlung in Arbeitsplätze zu ermöglichen, die den Qualifikationen der Arbeitssuchenden entsprechen.

Insgesamt will die Bundesregierung die Länder mit zwei Milliarden Euro bei ihren Mehraufwendungen für die Geflüchteten aus der Ukraine unterstützen.

Das klingt alles gut und ist auch richtig und wichtig! Das stellt niemand in Abrede. Dennoch will ich an 2015 und 2016 erinnern! Damals kamen Flüchtlinge aus Syrien und Afghanistan, bis heute kommen Flüchtlinge aus diesen Regionen. Auch damals war die Solidarität riesengroß. Doch bis heute haben wir es nicht geschafft, diesen Menschen ausreichend Wohnraum und Arbeit zu geben. Es bleibt weiterhin wichtige Aufgabe und Verantwortung, auch diese Menschen zu integrieren.

Denn was wir eines auf keinen Fall zulassen dürfen, sind Flüchtlinge erster und zweiter Klasse!



Bezirkshaushalt für 2022/2023 verabschiedet

Bericht zur außerordentlichen Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung am 11. März 2022

Die zweite außerordentliche Sitzung dieses Jahres befasste sich mit dem Bezirkshaushalt für die Jahre 2022 und 2023. Vorab wurde bereits in den Fachausschüssen der BVV diskutiert, in welchen Bereichen Nachbesserungen vorgenommen werden müssen. Wir als Linksfraktion haben es dabei als essenziell angesehen, im Bereich Soziales keine Einsparungen vorzunehmen. Zoe Dahler, unsere sozialpolitische Sprecherin, begrüßte, dass trotz einiger Kürzungen die soziale Infrastruktur im Bezirk, wie z.B. die Nachbarschaftsprojekte abgesichert wurden.

Weiterhin konnten wir mit unseren Anträgen zu Nachbesserungen weitere Akzente setzen. So wollten wir beispielsweise die Frauenprojekte in Marzahn-Hellersdorf stärken. Bislang hatte der Haushalt die gleiche Finanzierung vorgesehen, obwohl die Fälle häuslicher Gewalt in Zeiten der Corona-Pandemie deutlich zugenommen haben. Demnach waren Nachbesserungen dringend erforderlich. Unsere Fraktionsvorsitzende Sarah Fingarow begrüßte, dass mit den neuen Beschlüssen zum Bezirkshaushalt nun auch endlich mehr Geld für Frauenprojekte zur Verfügung stünde.

Außerdem wollten wir mehr Mittel für die Schulwegesicherheit und die offene Kinder- und Jugendarbeit sowie ein Budget zur Digitalisierung und Kinderfreundlichkeit des Bezirksparlaments

bereitstellen, damit Ehrenamt und Familie zukünftig besser miteinander vereinbart werden können. Darüber hinaus soll in Marzahn-Hellersdorf ein bezirkliches Regenbogenhaus entstehen.

Mit einem dringlichen Antrag haben wir uns zusätzlich dafür eingesetzt, dass die entsprechenden Mittel für die Rekommunalisierung der Schulreinigung bereits im Doppelhaushalt des Landes Berlin für die Jahre 2022 und 2023 bereitgestellt werden. Dem vorangegangen war unser Antrag zur schrittweisen Rekommunalisierung, der im vergangenen Jahr beschlossen wurde.

Unsere bildungspolitische Sprecherin Regina Kittler betonte noch einmal, wie wichtig es sei, den Schüler*innen in unserem Bezirk gute Lernbedingungen zu schaffen. Dazu gehöre neben dem Neubau und der Sanierung von Schulen eben auch die Sauberkeit an

den Schulen. Entsprechend müsse die Landesregierung im jetzigen Haushalt vorsorgen.

Der geänderte Haushaltsplan wurde mehrheitlich mit 40 Ja-Stimmen zu 12 Nein-Stimmen beschlossen. Für alle Veränderungen wurden zusätzlich Gegenfinanzierungen beschlossen.



Beschlossene Drucksachen (mit Beteiligung) der Linksfraktion:

- Bezirkliches Regenbogenzentrum im Haushalt absichern
- Frauenprojekte im Bezirksdoppelhaushalt 2022/2023
- Finanzierung der offenen Kinder- und Jugendarbeit verbessern!
- Finanzielle Unterstützung für eine monatliche Suppen- und Spendenaktion
- Schulwegesicherheit - Für die Sicherheit unserer Kinder!
- Vorsorge für Rekommunalisierung der Schulreinigung im Landeshaushalt 2022/23 jetzt!
- Digitalisierung und Familienfreundlichkeit der BVV im Haushalt 2022/2023 stärken.

ELLEN WERNING

Hilfe für ukrainische Geflüchtete

Bericht zur Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung am 24. März 2022

Mit einer gemeinsamen Priorität wollten wir zusammen mit den anderen demokratischen Fraktionen mehr über die aktuelle Situation und Unterbringung der ukrainischen Geflüchteten in unserem Bezirk erfahren. Schulstadtrat Torsten Kühne (CDU) berichtete, dass die geflüchteten Kinder in Willkommensklassen oder auch Regelklassen im Bezirk unterrichtet werden sollen. Das Otto-Nagel-Gymnasium bietet derzeit auch Online-Kurse und Mentoring-Programme an.

Schulsozialarbeiter*innen, soziale Einrichtungen und Initiativen unterstützen die Schulen in der aktuellen Situation.

Mit zwei gesonderten Anträgen drängen wir zusätzlich darauf, die Versorgung in den Geflüchteten- und Wohnungslosenunterkünften zu gewährleisten. Da die Geflüchteten derzeit auch verstärkt in Hotels, Hostels und Pensionen untergebracht werden, muss sichergestellt sein, dass vor Ort sowohl eine regelmäßige Sozialarbeit stattfindet als auch die Möglichkeit zur selbstständigen Essensversorgung besteht.

Unsere Fraktionsvorsitzende Sarah Fingarow schlug vor, dass beispielsweise externe Kochmöglichkeiten in Stadtteilzentren geschaffen oder Hoteltüchen als Gemeinschaftsküchen genutzt werden können.

Beide Anträge wurden mehrheitlich beschlossen.



Fortschreibung des Wohnungsmarktentwicklungskonzeptes

Berlin und auch unser Bezirk Marzahn-Hellersdorf wachsen rasant. Der Bezirk wird als Wohn- und Arbeitsort immer beliebter und hat in den letzten Jahren ein deutliches Potenzial entwickelt. Um dieses Potenzial sowie Chancen und Herausforderungen für Marzahn-Hellersdorf aufzuzeigen, hat das Bezirksamt das „Wohnungsmarktentwicklungskonzept“ für den Bezirk entwickelt und stetig fortgeschrieben. Mit unserer Priorität und Großen Anfrage wollten wir den aktuellen Stand der Fortschreibung dieses Konzeptes in Erfahrung bringen. Unser Fraktionsvorsitzender und stadtentwicklungspolitischer Sprecher Bjoern Tielebein betonte dabei, dass Marzahn-Hellersdorf dringend Wohnraum brauche, die soziale Infrastruktur im Konzept bislang jedoch nicht richtig mitgeplant wurde. Dafür müssten allerdings die rechtlichen Grundlagen geschaffen werden. Des Weiteren muss geklärt werden, wie sich dieses Instrument in Zukunft weiterentwickelt.

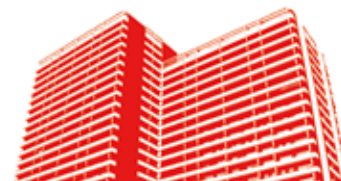
Unsere Bezirksstadträtin für Stadtentwicklung Juliane Witt erklärte, dass bis 2030 jährlich 20.000 Wohnungen gebaut werden sollen. Die Ausschreibung für die Fortschreibung des Konzeptes wird aktuell vorbereitet. Des Weiteren soll das Soziale Infrastruktur-Konzept (SiKo) bis Herbst dieses Jahres fortgeschrieben werden. Mittlerweile kommt es zu einer Flächenkonkurrenz im Bezirk, weswe-

gen die Mehrfachnutzung von Flächen notwendig sein wird. Aktuell reichten nicht einmal die Vorhalteflächen des Bezirks und des Landes für den Ausbau der sozialen Infrastruktur aus. Zwar würden Bezirk und Land gerne Flächen kaufen, jedoch machen es die aktuellen Verkaufspreise für Grundstücke kaum möglich.

Weitere beschlossene Anträge (mit Beteiligung) der Linksfraktion:

- Resolution: Marzahn-Hellersdorf steht an der Seite der Ukraine
- Keine Einsparungen auf Kosten der Bildung! Kürzungen des Verfügungsfonds zurücknehmen!
- Projekte zur Speicherung und Nutzung von Regenwasser durch das Straßen- und Grünflächenamt auf den Weg bringen
- Runder Tisch „Unsere Helle Mitte“
- Parlamentarische Arbeit auch in hybrider Form ermöglichen!
- Unterstützung für Projekte der Verständigung
- Ausbau von Trinkwasserspendern in weiterführenden Schulen
- Adäquate Ausstattung des Gesundheitsamtes in der Corona-Pandemie
- Sichere Schulwege für unsere Kinder - bevor was passiert. Weil es für Familien wichtig ist!
- Schulwegesicherheit - Für die Sicherheit unserer Kinder!

ELLEN WERNING



Neue Seniorenvertretung gewählt

Interview mit der Vorsitzenden Petra Ritter

Petra, erst einmal herzlichen Glückwunsch zu deiner Wiederwahl in die Seniorenvertretung. Auch zur Wiederwahl als deren Vorsitzende können wir dich beglückwünschen. Wie kam es, dass du damals in die Seniorenvertretung gegangen bist?

● Ich hatte mich damals engagiert für Barrierefreiheit, weil ich gesetzliche Vertreterin eines Schwerbehinderten war. Dann hatte ich Bernd Preußner wegen eines Problems diesbezüglich gefragt und er meinte dann, ob ich nicht in der Seniorenvertretung mitmachen will. Und da ich in meiner Rentenzeit etwas Sinnvolles machen wollte, habe ich ja gesagt und mein Thema der Barrierefreiheit dann auch in die Seniorenvertretung mitgenommen.

Was lief in der vergangenen Wahlperiode der Seniorenvertretung gut? Welche Themen habt ihr auf den Weg gebracht?

● Ich hatte einige Mitstreiter, die sich wirklich bemüht und ganz intensiv mitgearbeitet haben. Barrierefreiheit war für uns ein großes Thema. Wir haben es zum Beispiel geschafft, dass das Spree-Center statt der Pendeltüren jetzt Automatiktüren hat.

Auch andere Sachen, wie z.B. Probleme mit Baustellen, habe ich immer im Ausschuss für Ordnungsdienste und Sicherheit hervorgebracht. Dort bin ich immer auf offene Ohren getroffen.

Das Nächste war unsere Teilhabe an der Digitalisierung. Wir hatten dazu eine Projektgruppe und der Leiter unserer Projektgruppe hat ganz intensiv nachgeforscht und der Politik mehrere Vorschläge unterbreitet. Nur leider wurden diese dann weitgehend nicht beachtet.

Wo Licht ist, ist auch Schatten. An welchen Stellen gibt es noch Verbesserungsbedarf?

● Es gibt einige Personen, die sich bislang nicht eingebracht haben. Manche sind seit 2006 dabei, aber gemerkt hat man von ihnen nichts.

Welche Themen hast du auf deiner Agenda für die kommenden Wahlperiode?

● Es bleibt dabei: Barrierefreiheit und unsere Teilhabe an der Digitalisierung. Da ist noch manches zu tun. An den U-Bahn-Stationen fehlen beispielsweise Aufzüge. Die Stationen sind trotz ihrer Rampen nicht barrierefrei.

Problematisch sind auch die Aufzüge an den Wohnblocks. Es gibt viele 6-geschossige Wohnblocks, die noch keinen Aufzug besitzen. Manche Menschen, die seit DDR-Zeiten dort wohnen, haben mittlerweile Probleme, weil es keinen Aufzug gibt. Sie sind dann genötigt umzuziehen und entsprechend auch mehr Miete zu zahlen.

Ein weiteres Problem, welches neu dazukommt: es werden zunehmend Parkplätze privatisiert. Das heißt, Pflegedienste, Ärzte und Zulieferer finden nun noch viel seltener Parkplätze und die abgesenkten Bordsteine werden noch mehr zugeparkt als bisher, sodass Leute mit Rollstuhl oder Rollator noch mehr Schwierigkeiten haben.

Im Vorfeld der Wahlen gab es an einigen Stellen Kritik bezüglich der Organisation der Wahlen. Wie hast du das wahrgenommen?

● Es gab beispielsweise eine Schulungsveranstaltung für die Kandidaten, die erst viel zu spät stattfand, also nach der Wahl. Meiner Meinung nach hätte diese bereits vor der Wahl stattfinden müssen. Jetzt ist es schwierig, die gewählten Mitglieder darauf einzustimmen, dass sie sich an das Seniorenmitwirkungsgesetz halten müssen, auf dem ja unsere gesamte Arbeit beruht. Ich sehe es so, dass das gleiche Problem jetzt wieder auftritt: Die

Leute, die in die Seniorenvertretung neu reinkommen, wissen eigentlich gar nicht, was wir machen. **Die Wahlbeteiligung lag in diesem Jahr bei 5 Prozent. Was für einige ein großer Erfolg zu sein scheint, ist für andere definitiv noch ausbaufähig. Wie siehst du das?**

● Die niedrige Wahlbeteiligung hat bestimmte Ursachen: Die Menschen ab 60, die noch arbeiten gehen, fühlen sich überhaupt nicht angesprochen. Viele, mit denen ich geredet habe, sagten zu mir: „Ich gehe noch arbeiten, mich interessiert das nicht.“

Außerdem sind die Wahlbenachrichtigungen – auch wenn sie amtlich in Ordnung sind – für ältere Leute nicht übersichtlich genug. Außerdem wurden die Hefte, in denen die Kandidaten abgebildet waren, nicht mitgeschickt – angeblich aus Kostengründen. Allerdings wussten viele Leute dann nicht, wen sie wählen sollen. Dabei haben wir aktuell noch etliche Hefte übrig. Diese hätte man vorher verteilen sollen.

Hast du Ideen, wie man die Wahlbeteiligung bei den nächsten Wahlen steigern könnte?

● Auf alle Fälle durch die öffentlichen Präsentationen. Dadurch sind wir mit den Leuten ins Gespräch gekommen. Sie konnten uns Fragen stellen. Dabei ging es nicht nur um unsere Vorstellung, sondern es kamen auch Fragen zur Seniorenvertretung. Es gab manche Seniorenvertretungen, die gar keine Präsenzveranstaltungen abhalten konnten, weil sie keine Räumlichkeiten gefunden haben. So muss ich unserem Bezirksamt für die Möglichkeit danken. Aber auch dem Senioren-Service-Büro muss ich danken. Sie haben uns ganz toll unterstützt und alles organisiert.

Das Gespräch führte:
ELLEN WERNING

www.linksfraktion-marzahn-hellersdorf.de

Regierungskoalition beschließt Entlastungspaket für Energiekosten -

Was fehlt: Entlastungsmaßnahmen für Ältere

Als Reaktion auf die - in Folge des Krieges in der Ukraine gestiegenen - Preise für Öl und Gas hat das Regierungsbündnis ein Maßnahmenpaket erarbeitet. Zur Entlastung der Verbraucher*innen bei den Energiekosten will die Ampel-Koalition unter anderem die Energiesteuer auf Kraftstoffe für drei Monate auf das europäische Mindestmaß senken.

Alle Berufstätigen sollen unabhängig vom Einkommen einmalig eine Energiepreispause von 300 Euro als Zuschuss zum Gehalt bekommen, der über die Lohnabrechnung ausgezahlt wird. Familien erhalten für jedes Kind einen Einmalbonus zum Kindergeld von 100 Euro. Die vereinbarte Einmalzahlung von 100 Euro für Empfänger*innen der



Grundsicherung werde verdoppelt. Somit profitieren wenigstens Empfänger*innen von Grundsicherung im Alter von diesem Entlastungspaket.

Ansonsten wurden ältere Menschen nicht berücksichtigt. Das ist nicht akzeptabel. Höhere Heiz- und Stromkosten treffen Rentner*innen sogar mehr als Berufstätige, die tagsüber nicht zu Hause sind. Menschen, die mit kleinen Renten auskommen müssen, sind ebenfalls auf Unterstützung angewiesen. Grundsätzlich reichen die Einmalzahlungen für Menschen mit niedrigem Einkommen nicht aus. Dort muss dringend nachgebessert werden.

MARTINA POLIZZI
Seniorenpolitische Sprecherin



Deutsche Wohnen & Co. enteignen bleibt auf der Tagesordnung

Bei der Bundestagswahl am 26. September 2021 sprach sich mit 59,1 Prozent eine deutliche Mehrheit der Berlinerinnen und Berliner für den Volksentscheid über einen Beschluss zur Erarbeitung eines Gesetzentwurfs durch den Senat zur Vergesellschaftung der Wohnungsbestände großer Wohnungsunternehmen aus. In Marzahn-Hellersdorf stimmten 75.956 Wahlberechtigte für den Volksentscheid, das entspricht 56,7 Prozent.

Die Debatte ist seither nicht mehr aus der Berliner Öffentlichkeit wegzudenken. Als einzige Partei im Abgeordnetenhaus setzen wir uns bedingungslos für die Vergesellschaftung von großen privaten Immobilienunternehmen ein. Nun werden wir gemeinsam mit dem Senat und dem Parlament ein Vergesellschaftungsgesetz ausarbeiten und verabschieden. Noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland wurde der Artikel 15 GG, der eine solche Vergesellschaftung ermöglicht, angewendet. Wir machen es uns zur Aufgabe, das zu ändern, denn Wohnen muss für alle bezahlbar sein! Die Vergesellschaftung würde genau das ermöglichen und überdies noch vieles mehr: Sie kann die Verdrängung aus Kiezen verhindern, ermöglicht Mieterinnen und Mietern mehr Mitbestimmungsrechte und einen besseren Umgang mit vorhandenen Freiflächen.

Am 29. März beschloss der Senat die Einrichtung einer Expert*innen-Kommission zwecks Prüfung

der Möglichkeiten, Wege und Voraussetzungen zur Umsetzung des Volksentscheids. Eine erste Hürde



zur im Koalitionsvertrag festgeschriebenen Vereinbarung wurde endlich genommen.

DIE LINKE hat sich dafür eingesetzt, dass die Kom-

mission grundsätzlich öffentlich arbeitet und die Initiative „Deutsche Wohnen & Co. enteignen!“

dort in angemessener Weise vertreten ist. Wir begrüßen ausdrücklich, dass sich beides im Senatsbeschluss wiederfindet.

Die Aufgabe der Kommission wird es sein, sich unter anderem mit folgenden Fragen auseinanderzusetzen:

- Wie kann die Überführung von Grund und Boden aus dem Besitz von Immobilienunternehmen praktisch erfolgen?

- Wie können demokratische Kontrolle und umfassende Mieter:innenmitbestimmung in einer neuen Struktur sichergestellt werden?

- Wie kann eine entsprechende Entschädigung der Unternehmen konkret geregelt werden?

DIE LINKE Berlin und auch wir als LINKE in Marzahn-Hellersdorf werden uns aktiv an der Diskussion rund um die Kommission beteiligen und sie begleiten. Denn wie unsere Fraktionsvorsitzenden im Abgeordnetenhaus, Anne Helm und Carsten Schatz, sind auch wir der Meinung: „Eine erfolgreiche Umsetzung des Volksentscheids wird nur auf der Basis einer breiten gesellschaftlichen Debatte und weiterhin breiter zivilgesellschaftlicher Mehrheiten gelingen.“

LEONIE GRÄNERT

Unternehmerfrühstück mit Gesine Löttsch

Man glaubt es kaum, aber das von Gregor Gysi 1998 initiierte Treffen mit Unternehmerinnen und Unternehmern sowie weiteren Interessierten, vor allem aus dem Bezirk Marzahn-Hellersdorf, hat lange durchgehalten und wird es auch weiterhin tun. Petra Pau hatte den Staffelposten übernommen und gemeinsam mit dem linksnahen Unternehmerverband OWUS Berlin-Brandenburg und unter der Mitwirkung von Dagmar Pohle, ehemalige Bezirksbürgermeisterin, hat sich dieses Gesprächsformat zu einem festen Bestandteil bürgernaher Politik entwickelt. Deshalb sei allen Organisatoren an dieser Stelle dafür herzlichst gedankt, vor allem Erika Maier, langjährige Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses der BVV. Leider stand diese Jubiläumsveranstaltung unter keinem guten Stern, denn die Ereignisse in der Ukraine machten alle Teilnehmer sehr betroffen und fanden auch in der Diskussion ihren Widerhall.

Zu Gast beim 50. Unternehmerfrühstück war diesmal Gesine Löttsch, Mitglied des Deutschen Bundestages und haushaltspolitische Sprecherin der Linksfraktion, zum Thema:

„Was bringt der Haushalt an Hilfen für kleine und mittelständische Unternehmen (KMU), um die Folgen der Pandemie zu überwinden“. Gesine Löttsch begann mit diesen vier Vorbemerkungen:

- Krise folgt auf Krise, erst die Finanzkrise, dann die Flüchtlingskrise, die Corona-Krise und jetzt die Ukraine-Krise;
- der Haushaltsentwurf ist die Quadratur des

Kreises bezüglich der notwendigen Ausgaben und der Einhaltung der Schuldenbremse;

- die Sanktionspolitik hat auch auf uns Auswirkungen, Deutschland trägt 40 % der Sanktionslasten,
- und die Politik der „schwarzen Null“ hat geschadet.



Zu Gast beim 50. Unternehmerfrühstück: Dr. Gesine Löttsch (MdB), an ihrer Seite Rolf Sukowski (OWUS).

Dabei hat rief sie in Erinnerung, dass über 170 Mrd. Euro an Corona-Hilfen für die Wirtschaft zur Verfügung gestellt wurden. Allerdings wurde auch deutlich, mit welchen Mängeln diese Mittel ausgereicht wurden, vor allem wenn es um die Unterstützung der Solo-Selbständigen und kleinen Unternehmen ging. Und, einige haben die Hilfen abgefordert und trotzdem Dividenden an ihre Ak-

tionäre ausgezahlt. Der Bundeshaushalt 2022 sei eingereicht, und Mitte März beginnen die Haushaltsberatungen. Für uns von besonderem Interesse waren die Aussagen von Gesine Löttsch zur weiteren Unterstützung der Solo-Selbständigen und kleinen Unternehmen. Die Linksfraktion wird sich weiterhin für die Anerkennung des Unter-

nehmerlohnes bei den Corona-Hilfen einsetzen. Gefordert werden für den nächsten Haushalt Förderprogramme für besonders von der Pandemie betroffene Branchen wie Kunst und Kultur. Auch eine Regulierung der Gewerbetrieben und eine andere soziale Absicherung stehen auf der Agenda der Fraktion. Die anschließende Diskussion drehte sich fast erwartungsgemäß weniger um den Bundeshaushalt, als um die Frage Krieg und Frieden, Krieg und Umwelt, ebenso um die steigenden Energiepreise. Auch das Wahlergebnis und die nach Auffassung einiger Teilnehmer bisher unzureichende Aufarbeitung der Ursachen wurden thematisiert.

ROLF SUKOWSKI
ROBERT GADEGAST

**Aufzeichnung
der Veranstaltung unter:**

<https://www.youtube.com/watch?v=fQJ4EGBBozg&t=13s>



Historisches

Vor 40 Jahren ...

... beschloss der Ostberliner Magistrat am 31. März 1982 eine umfassende Rekonstruktion des verbliebenen Teils des märkischen Angerdorfes Marzahn (*unser Foto*) als historisches Denkmal. Bis zum Ende der DDR wurden mehr als 60 Gebäude saniert. Damit konnte die Struktur eines Angerdorfes mit dem Anger, auf dem immer noch die Dorfkirche und die ehemalige Schule (heute Bezirksmuseum) stehen, mit den ehemaligen bäuerlichen Gehöften und der ursprünglichen Straßenführung mit Kopfsteinpflaster bis heute erhalten werden. Ein weiteres Ziel der Rekonstruktion war, die nicht mehr für Landwirtschaft genutzten Gehöfte für Handwerks- und Dienstleistungsbetriebe umzubauen, so wurde 1988 der Marzahner Krug wieder als Landgasthaus umgebaut, u.a. eine Silberschmiede, eine Buchdruckerei, eine Fleischerei und eine Kürschnerei eingerichtet. Im gleichen Jahr wurde der Tierhof, Alt-Marzahn 61, eingerichtet, der sich seit 1997 in der Trägerschaft der Agrarbörse Ost befindet. Die ebenfalls 1988 eröffnete Lüdecke-Bibliothek wurde 2003 geschlossen, erst nach jahrelangem Leerstand konnte 2012 das umfangreich rekonstruierte Gebäude als Haus 2 des Bezirksmuseums die Dauerausstellung zur Bezirksgeschichte aufnehmen. Nach 1990 wurden weitere ehemalige Bauernhöfe umgebaut, in der Nummer 23 wurde 1991 der Freizeithof als kommunale Kultureinrichtung eröffnet, zeitweilig befand sich in den Räumlichkeiten auch das Heimatmuseum und eine Puppenbühne. 1996 wurde der Freizeithof in KulturGut Marzahn umbenannt, dieses wird

seit 2003 von der Agrarbörse betrieben. 1999 wurde in der ehemaligen Schule, Alt-Marzahn 51, das Bezirksmuseum eröffnet. Weitere Gehöfte wurden zu Selbsthilfe- und Beratungsstellen der Wuhletal gGmbH und vom Verein „Lebensnähe“ um- und ausgebaut. Der evangelische Kindergarten konnte bereits seinen 60. Geburtstag feiern.

In dem ehemaligen Gebäude der Dorffirewehr befand sich von 1991 bis 2000 die Bezirksge-



schaftsstelle der PDS Marzahn, mit dem Klubkeller, in dem neben anderen Veranstaltungen die legendären Sonntagsgespräche mit Künstler*innen/Politiker*innen stattfanden, das erste am 3. Februar 1991 mit dem Schriftsteller Günter Görlich. Insgesamt waren es über 165 Sonntagsgespräche, die auch mal in der Lüdecke-Bibliothek und nach der Schließung der Geschäftsstelle im KulturGut stattfanden, das letzte am 22. April 2007. Jedes Jahr am 2. Septemberwochenende, erstmals 2000, besuchen Tausende Besucherinnen und Besucher aus dem Bezirk und von außerhalb das Alt-Marzahner

Erntefest mit seinem besonderen Flair eines märkischen Angerdorfes mitten in der Großsiedlung.

Vor 30 Jahren ...

... gründete sich am 10. März 1992 der Verein Kids & Co., der im August 1993 am Hultschiner Damm 200 mit dem „Hultschi“ seine erste Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtung eröffnete und bis heute erfolgreich betreibt, außerdem weitere Freizeiteinrichtungen und Bildungsstätten wie „Senfte 10“ und in einer ehemaligen Kita in der Nähe des Gutes Hellersdorf.

Vor 20 Jahren ...

... entstand am 18. März 2002 der Heimatverein Marzahn-Hellersdorf durch Fusion des am 21. Januar 1991 gegründeten „Heimatverein Hellersdorf, Kaulsdorf, Mahlsdorf“ und dem am 21. Januar 1998 gegründeten Förderverein für das Heimatmuseum, später Heimatverein Marzahn. Der Verein befasst sich vor allem mit der Regional- und Heimatgeschichte und führt seit seiner Gründung jedes Jahr einen Tag der Regional- und Heimatgeschichte durch. Bis 2018 wurden die Ergebnisse dieser Veranstaltungen in den Beiträgen zur Regionalgeschichte (15 Hefte) veröffentlicht. Seit 2019 gibt der Verein das Historische Jahrbuch Marzahn-Hellersdorf mit Beiträgen der Tage zur Regional- und Heimatgeschichte sowie anderen Beiträgen und eine jährliche Chronik der bezirklichen Ereignisse heraus.

DR. RENATE SCHILLING

Aus dem Bezirksvorstand: Der Friedenstaube unter die Flügel greifen ...

... mit dieser Bemerkung endete der vorherige Artikel dieser Rubrik. Konkrete Aktionen wie die erfolgreichen Subbotniks am 19. März im Murtzaner Ring zur Säuberung von Naziaufklebern sowie in Hellersdorf, Kaulsdorf und Mahlsdorf sind nur einige Beispiele, wie wir Bezirks-LINKE wortwörtlich und tatkräftig Friedens-Flagge zeigen können. Auch die allmorgentlichen Kundgebungen auf dem Alice-Salomon-Platz stehen dafür, denn es werden nicht „nur“ Gedenkerzen für an, mit und durch Covid-19 Verstorbene, sondern auch für die im aktuellen Ukraine-Krieg Getöteten angezündet.

An uns als Bezirksvorstand (BV) wurde das große Bedürfnis und der Wunsch von vielen Genoss*innen nach Austausch von Meinungen, Vermittlungen und Aussprachen zum Überfall Russlands auf die Ukraine herangetragen. Das haben wir aufgegriffen und sind dabei, weitere Formate einzurichten, um dies zu ermöglichen. Bis dato möchten wir auf die zahlreichen anderen Aktionen verweisen, die auch immer eine Möglichkeit des Zusammenkommens und Meinungsaustausches bieten können.

So liegt in der nächsten Zukunft das Gedenken mit Kranzniederlegung am 21. April zur Ehrung der Befreier vom Faschismus am ersten befreiten

Haus in Berlin an (Landsberger Allee 563). Der BV, die Fraktion der BVV sowie unsere Stadträtin gedenken am Vormittag. Alle Mitglieder sind eingeladen, im Tagesverlauf Blumen am Gedenkstein niederzulegen. Durch die aktuellen Baumaßnahmen am Haus und dem dadurch sehr eingeschränkten Platz ist eine gemeinsame große Kundgebung leider nicht möglich. Des Weiteren wird ein Transparent „Nieder mit dem Krieg“ organisiert und die



Bersarinbrücke geschmückt werden. Aber auch das Fest anlässlich des 1. Mai auf dem Barnimplatz kann Anlass zum Gedankenaustausch bieten. Darüber hinaus wird die 5. Tagung der 7. Hauptversammlung (HV) am 23. April im Zirkus Cabuwazi selbstverständlich ebenfalls unter dem Eindruck der Ereignisse stehen. Die Einladungen sind den Delegierten bereits zugegangen. Die BOs sind aufgerufen, weitere Kommentare/Wünsche/

Anregungen zum Antrag des Bezirksvorstandes hinsichtlich der neu geplanten LINKEN Mitgliederstruktur in Ortsverbänden zu besprechen und einzubringen. Auch wird das Ergebnis sowohl der internen (zusammengetragen durch Mitglieder des BVs auf Basis von Einsendungen von Genoss*innen) als auch der externen Wahlanalyse ein Hauptthema sein.

Dies ist, was vor uns liegt. Getan hat sich zudem noch folgendes.

Circa 720 Mitgliederbriefe mit innen liegender Beitragsbescheinigung wurden erfolgreich versendet. Weitere Briefe, wie bspw. jene, die sich auf Spenden von Nichtmitgliedern o.ä. beziehen, sind in Arbeit.

Gemäß Landesbeschluss für eine migrantische und antirassistische LINKE. Berlin wurde die Besetzung eine*s Diversitätsbeauftragten aus den Reihen des

BV umgesetzt: Elton Himm wird diese Funktion wahrnehmen.

Und last, but überhaupt nicht least soll hier zu lesen sein, dass der BV Anfang März seinen Finanzplan für 2022 einstimmig angenommen hat.

KARIN MÜLLER
 und UWE WOLLMERSTÄDT

Veranstaltungen

Osterweg

» **18.4., 10.30 Uhr**, „Osterweg“ des Bündnisses für Demokratie und Toleranz Marzahn-Hellersdorf, Start 10.30 Uhr an der Russisch-orthodoxen Kirche (Allee der Kosmonauten 184, 12685 Berlin), Programm unter <https://buendnis.demokratie-mh.de>

Tag der Befreiung

» **21.4., ganztags** individuelles Gedenken am ersten befreiten Haus, Landsberger Allee 563

Hauptversammlung

» **23.4., 10 Uhr**, Zirkus Cabuwazi, Otto-Rosenberg-Str. 2, 12681 Berlin, s.S.2

Gedenkveranstaltung

» **24.4., 15 Uhr**, Gedenkveranstaltung am Brodowiner Ring 17, 30. Jahrestag der Ermordung des 29-jährigen Nguyen Van Tu vor dem Einkaufszentrum am Brodowiner Ring

1. Mai

» **1. Mai:** Veranstaltung des Bezirksverbandes Marzahn-Hellersdorf auf dem Barnimplatz in Marzahn-Nord **von 14 bis 18 Uhr**, siehe auch S. 1

Rotes Sofa

» **3.5., 18 Uhr**, zu Gast: Ute Apitz und Antje Püpke, Helene-Weigel-Platz

Unternehmerfrühstück mit OWUS

» **6.5., 9 Uhr**, Jugendfreizeitstätte TreibHaus, Allee der Kosmonauten 170, 12685 Berlin, mit Bezirksbürgermeister Gordon Lemm: „Zur wirtschaftlichen Entwicklung in Marzahn-Hellersdorf, insbesondere den Aufgaben der Wirtschaftsförderung“

„Frieden ist nicht alles – aber ohne Frieden ist alles nichts!“

Willy Brandt (1913-1992)
Friedensnobelpreisträger

Hinten links: Die Berliner Umwelt ...

... ist eng mit Brandenburg verbunden. Berlin hat mit rund 29.000 ha den größten Stadtwald aller europäischen Städte – Brandenburg, das waldreichste östliche Bundesland, 1.090.000 ha (1,09 Mio.), entspricht 37 % seiner Fläche. Artenschutz und Biodiversität in Flora und Fauna. Nachhaltigkeit ist keine Erfindung der Moderne, schon von 1713 ist eine Schrift des sächsischen Oberberghauptmanns von Carlowitz bekannt, der die Schädlichen von Raubbau erkannte. In seiner „Sylvicultura oeconomica“ formulierte er drei wesentliche Prinzipien nachhaltiger Waldwirtschaft: „Holzsparkünste“ (Effizienz), „Säen und Pflanzen der wilden Bäume“ (Investition) und „Surrogata“ (Substitution). Gegenwärtig sind 17 Kriterien der guten forstlichen Praxis als Richtschnur deutschlandweit anerkannt.

Erstmals für alle Länder formulierte die UNO-Agenda 21 von Rio de Janeiro (1992) solche Strategien und Handlungsempfehlungen.

Der Tharandter Professor Köpf sieht forstliche Nachhaltigkeit primär in der Pflicht, „... den Wald vor der Torheit der lebenden Generation zu schützen“.

Im Jahr 2000 wurden nach 150 Jahren in Sachsen erstmals wieder Wölfe geboren, in Brandenburg 2009. Dort leben heute etwa 200. Die Rückkehr des Wolfes ist eine große Herausforderung für unsere kultivierte Gesellschaft – Nutztiere sind leichter zu erbeuten als Wildtiere – wir müssen uns mit den streng geschützten Wölfen arrangieren.

Von Tourismus und Naturschutz haben die meisten Menschen ihre Vorstellung. Bedeutender als der Braunkohletagebau und die Kraftwerke ist in Brandenburg mit 33.000 Beschäftigten die Forst- und Holzwirtschaft.

Frage:

Wer hat und bezahlt den Schaden aus dem Ukraine-Krieg und, auf der anderen Seite, welchen Nutzen und welche Gewinne ziehen die USA aus diesem Konflikt?

R. RÜDIGER

Bezirksvorstand

» **26.4., 10.5.** jeweils 19 Uhr, per Videokonferenz

Basis-Koordinierungsberatungen

» **4.5., 19.30 Uhr**, BO WK 3 und WK 6

» **10.5., 17.30 Uhr**, BO WK 2

» **11.5., 17 Uhr**, BO WK 5

(den jeweiligen Ort bitte erfragen)

» **7.5., 10 Uhr**, Gesamtmitgliederversammlung - Konstituierung Ortsverband Biesdorf/Springpfuhl, Einladungen folgen

Sprechstunde Petra Pau (MdB)

» **20.4., 10 - 12 Uhr**, Wahlkreisbüro, Henny-Porten-Str. 10-12, telefonische Anmeldung bitte unter: 030 22771098

Sprechstunden Dr. Manuela Schmidt (MdB)

» Tel: 030 54980323, E-Mail: buero@dr-manuela-schmidt.de, Sprechstunde: nach persönlicher Vereinbarung

Sprechstunden Kristian Ronneburg (MdB)

» jeden 1. + 3. Mittwoch im Monat von 16 - 18 Uhr, Voranmeldung unter Telefon: 030 47057520 / mobil: 0176 77212140, E-Mail: volkert@wk.linksfraktion-berlin.de

Sprechstunden im Wahlkreis 1

» **27.4., 18-20 Uhr**, Golferia, Wittenberger Str. 50, mit Juliane Witt und Bjoern Tielebein, vorherige Anmeldungenbeten, per Mail: kontakt@linksfraktion-marzahn-hellersdorf.de oder telefonisch 030 90289380; 0170 8622128; 0170 5374824

BVV-Fraktion

» Unser Büro ist montags und donnerstags zwischen 12 und 14 Uhr besetzt. Bitte schreiben Sie uns in dringenden Fällen eine E-Mail oder rufen Sie uns an. Bitte beachten Sie weiterhin, dass es bei der Beantwortung Ihrer Anfragen mitunter zu Verzögerungen kommen kann. Wir bitten um Ihr Verständnis. E-Mail: kontakt@linksfraktion-marzahn-hellersdorf.de

Telefon: 030 902935820 | 0170 8622128 | 0170 5374824. Weitere Infos unter: <https://www.linksfraktion-marzahn-hellersdorf.de/aktuelles/aktuell/>

www.dielinke-mahe.de

Abgeordnetenbüros

» **Petra Pau** (MdB), Telefon: 030 99289380, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin, 12627 Berlin

» **Dr. Manuela Schmidt** (MdB), Telefon: 030 54980323, Helene-Weigel-Platz 7, 12681 Berlin

» **Kristian Ronneburg** (MdB), Tel. 030 47057520, Cecilienplatz 5, 12619 Berlin

Geschäftsstelle / Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12,

12627 Berlin, Tel.: 030 5412130 / 030 9953508 - Telefax: 030 99901561

Unsere	Montag:	10 - 17 Uhr
Öffnungs-	Dienstag:	13 - 17 Uhr
zeiten:	Donnerstag:	13 - 18 Uhr
	Freitag:	10 - 13 Uhr

Impressum Marzahn-Hellersdorf links

Herausgeber: DIE LINKE. Berlin. V.i.S.d.P.: Yvette Rami. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Falle die Meinung der Redaktion wieder. Leserzuschriften sind keine redaktionellen Meinungsäußerungen. Die Redaktion behält sich das Recht Sinn wahrender Kürzungen von Beiträgen vor. Anonyme Schreiben an die Redaktion werden nicht bearbeitet. **Layout:** Yvette Rami; **Fotos:** DIE LINKE. Marzahn-Hellersdorf, Pixabay, Linksfraktion im Bundestag, DIE LINKE. Berlin, Felix Blank, Screenshot

Anschrift der Redaktion: c/o DIE LINKE, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin, Telefon: 030 5412130, Telefax: 030 99901561

Internet: www.dielinke-marzahn-hellersdorf.de

E-Mail: bezirk@dielinke-marzahn-hellersdorf.de

Bearbeitungsschluss: 10.04.2022, **Auslieferung ab 14.04.2022**

Druck: BV Berliner Zeitungsdruck GmbH

Die nächste Ausgabe erscheint am **12.05.2022 (Anlieferung aus Druckerei)**.